

SRG – Service public unter Druck

Notizen und Erfahrungen von Robert Ruoff für den politischen Abendgottesdienst vom 14. August 2020

Danke, Trude Bernoulli, Christine Voss und allen Einladenden für das Aufgebot zu dieser religiös begründeten Beziehungspflege.

Und Danke Kathy, für die Einführung in die Aufgabe und die Tätigkeit des Publikumsrats, der sich im Auftrag der Bevölkerung und der Trägerschaft regelmässig mit der Kernaufgabe der SRG beschäftigt.

Liebe Anwesende,

Erlauben Sie mir, zuerst noch einen Blick etwas weiter zurück, um uns zu vergegenwärtigen, an welchem Ort wir eigentlich stehen bei der Entwicklung der SRG. «Service public unter Druck», heisst das Thema, und dieser Druck auf die Service public-Medien ist ja nicht ganz neu. Und wir – Kathy und ich – sollen ja aus unserer Erfahrung berichten.

Ich habe den Druck auf die grosse, nationale Institution des Service public schon 1981 erlebt. Ich durfte damals, nach 13 Jahren in Berlin, beim Eintritt in das Schweizer Fernsehen eine Filmproduktion begleiten, bei der die spätere Zürcher Nationalrätin Verena Grendelmeier (Landesring der Unabhängigen) die Strategie und die Methoden der Berliner und der Zürcher Polizei gegenüber der Jugendbewegung miteinander verglichen hat. Es war 1981, es war die Zeit von «Züri brännt», die Zeit des Radio-Piratensenders «Radio schwarzi Chatz» und des neuen Privatradios «Radio 24», legal ab 1983). Es war auch die Zeit des Kampfs für ein autonomes Jugendzentrum – das AJZ – mit provozierenden Regelverletzungen und Strassenschlachten.

Und es war im Schweizer Fernsehen noch die Zeit für eine grosse Sondersendung im Hauptabend im Dossier-Format: mit Filmeinspielungen und Diskussion zwischen den Betroffenen und Beteiligten, unter grösster Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, der Politik, der staatlichen Autoritäten und der Fernsehhierarchie. Am Sendeabend herrschte im Studio Höchstspannung, als noch unmittelbar vor der Sendung Fernsehdirektor Ulrich Kündig in der Senderegie erschien, um die letzten Filmteile zu besichtigen, die er schliesslich zur Sendung freigab.

Es war damals, im Sommer 1981, schon eine Zeit mit grossem politischem Druck auf die nationale Radio- und Fernsehgesellschaft SRG und ihr Flaggschiff, das «Fernsehen DRS», die damals – bis Anfang der 80er-Jahre – in der Schweiz gerade noch das Monopol hatten.

Es war vor allem Druck von rechtskonservativen politisch-wirtschaftlichen Kräften wie der Schweizerischen Fernseh- und Radio-Vereinigung SFRV (dem Hofer-Club, nach dem Berner Historiker Walther Hofer, SVP-Nationalrat), Ernst Cincera (FDP) mit seiner Fichen-Sammlung, oder Erziehungsdirektor Alfred Gilgen, vom rechten Flügel des Landesrings und von Seiten der Zürcher FDP. Es entstand auf der anderen Seite eine links-alternative demokratische Medienkritik, getragen von Persönlichkeiten wie dem Journalisten Jürg Frischknecht oder dem Buchhändler Theo Pinkus, die den Medien und vor allem dem Landessender Beromünster ideologische Anpassung an die politische Linie der USA vorwarf. Der Vietnamkrieg mit der Intervention der Vereinigten Staaten in Südostasien war ein treibendes Thema in der kritischen, antiautoritären und linken Jugendbewegung. Die herrschenden politischen Kräfte (auf beiden Seiten des weltweiten Kalten Krieges) wiesen damals den Medien als Teil jeweils

ein klare parteiliche Rolle zu im Kampf der konkurrierenden Gesellschaftssystem.

Unabhängig von diesen auch politisch geprägten Positionen veröffentlichte der Journalist und Filmmemacher Alexander J. Seiler bereits 1971 im «Magazin» eine Studie, die feststellte, dass das SRG-Fernsehen im Unterschied zur gedruckten Presse ganze Themenbereich ausspare, so etwa die Entwicklung der Studentenbewegung an den Universitäten oder die Drogenpolitik. – Man kann daraus schliessen, dass die partei-politische Agenda für die Informationsvermittlung am Fernsehen schon damals eine wichtige Rolle spielte.

Sicher ist: Der Service public der SRG und insbesondere das Flaggschiff «Fernsehen DRS» sind seit fünfzig Jahren kontinuierlich unter Druck.

Andererseits war das Schweizer Fernsehen damals noch, im Jahrzehnt nach 1968, offen für die grossen Themen des gesellschaftlichen Umbruchs: die neue Frauenbewegung, Identität und Diversität, Umwelt, Krieg und Frieden.

Es war auch noch eine Zeit, in der das Schweizer Fernsehen in der Abteilung «Dramatik» in einer Mischung von professionellem Theater, Filmbeiträgen, und Studiodiskussion neben Polit-Profis vor allem auch einfache Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen liess. In 35 Sendungen von gut zwei Stunden unter dem Titel "Telearena", dann "Telebühne", waren es von 1976 bis 1981 insgesamt beinahe 2000 Diskussionsteilnehmende, die sich, wie die Erinnerung sagt, "manchmal fast schmerzhaft direkt" äusserten (so eine Print-Dokumentation im Rückblick auf die Sendungen). Der Sender war an dieser Stelle tatsächlich offen für "das Zeitgespräch der Gesellschaft" (eine Formel von Emil Dovifat, erster Direktor

des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin) und für (damals schon) gesellschaftlich bewegende Themen wie «Sterbehilfe», «Wer darf Schweizer werden?», «Widerstand gegen die Staatsgewalt», also die sogenannte "Müller"-Sendung (die abgebrochen werden musste) «Homosexualität» oder, als letzte Sendung: «Angst vor dem Atomkrieg».

Peter Bühler, einer der Moderatoren, hat in einer abschliessenden Analyse gesagt: «Es ist ein Armutszeugnis für jede Fernsehanstalt, keine solche Sendung zu haben.»

[Und man möchte hinzufügen: Die interaktive Technologie des WorldWideWeb macht die Realisierung eines solchen Angebots heute sehr viel leichter möglich als damals, im Sinne von Bert Brecht sogenannte "Radiotheorie", dass wir aus dem herrschenden "Distributionsapparat" nun wirklich einen echten "Kommunikationsapparat" machen sollten.]

In den Jahren 1970 bis Anfang der achtziger Jahre «war es eine Zeit des Aufbruchs und der Hoffnung», und ich würde heute sagen: sie reichte in der Schweiz deutlich sichtbar bis ins vergangene Jahr hinein: mit der bisher grössten Demonstration der Klimabewegung im März und dem grossen Frauenstreik 2019 im Juni. In unserer Gesellschaft war etwas in Bewegung, und diese Bewegung bewegte mit ihrer zukunftsfrohen Stimmung etwas bis in die Eidgenössischen Wahlen hinein, mit der Option, einen Sitz im Bundesrat grün zu besetzen.

Der Service public in der Schweiz hat diese Entwicklung nach meiner Wahrnehmung auch ab 1981 kontinuierlich begleitet. Aber er zeigt sich teilweise auch überrascht, fast blockiert oder jedenfalls schüchtern angesichts der Herausforderung, den Raum zu schaffen für die kontinuierliche öffentliche Kommunikation über die

enormen und dringenden Aufgaben, die wir zu bewältigen haben: die Klimaerwärmung; die Zerstörung der Biodiversität; Krieg und Frieden; Überbevölkerung, Armut, Hunger, Migration; Undsoweiter. Und die Freundschaft mit den Nachbarn, mit Europa, ist geradezu ein Tabu.

Und das hat vielleicht auch mit dem Druck der Parteien und Verbände zu tun, die das Programm mit Argusaugen beobachten. Die Parteien suchen ihrerseits stetig die Nähe Nähe zu den Programmverantwortlichen, um ihre Präsenz im Programm jederzeit sicherzustellen.

Manche Themen wiederum – Klima zum Beispiel oder Rassismus –, standen über lange Zeit zwar schon auf der globalen, aber nicht auf der schweizerischen politischen Agenda, obwohl sie in der Gesellschaft bereits mobilisierend wirkten. Der Service public reagierte (zumindest im SRF Fernsehen) entsprechend unbeholfen und autoritär, als er der Klimabewegung und dem Thema Rassismus in politischen Diskussionssendungen Raum geben musste.

Die Erpressbarkeit

Der Service public ist möglicherweise auch deshalb überrascht, wenn eine gesellschaftliche Bewegung ihr Thema auf die politische Agenda bringt, weil sich sein Programm schaffen mit dem Ende von Sendungen wie «Telearena» und anderen ganz auf die institutionellen politischen Strukturen eingestellt hat, sprich: die politische Agenda der institutionalisierten Politik.

Mit neuen gesellschaftlichen Bewegungen hat die SRG und insbesondere das Fernsehen SRF jedenfalls immer wieder Probleme. Zwei Beispiele haben das deutlich

gezeigt: im Frühjahr die «Arena» «Grüne Träume», bei der (noch) Jonas Projer die Klimabewegung an den hartleibigen Politprofis aus Auto- und Metallindustrie, aus FDP/Gewerbeverband (Hans-Ulrich Bigler) und SVP (Claudio Zanetti) auflaufen liess. Nach dieser Erfahrung arbeitet die Klimabewegung stark an ihren eigenen Kanälen, ohne die etablierten Medien dabei ganz zu vergessen.

Und jüngst scheiterte SRF vollends mit einer eigentlichen Katastrophen-«Arena» zum Thema Rassismus, bei der die Schwarzen, die angeblich sprechen sollten, als Hinterbänkler zur Staffage dienten. Zwei Tage später folgte dann eine substantielle Auseinandersetzung mit dem Thema zum Kern der Sache in einer Kombination von «Sternstunde Philosophie» (Eileen Thompson/Frantz Fanon) und «Sternstunde Kunst» – mit dem Dokumentarfilm «I Am Not Your Negro» von Raoul Peck, auf der Basis von James Baldwins Text: "Remember This House").

Man muss zum Begriff der "Katastrophen-Arena" aber der Fairness halber hinzufügen: Sandro Protz hat der Bedeutung des griechischen Worts "Katastrophe", das, wie die Alt-Griechen wissen, "Wende" bedeutet, dann durchaus die Ehre gegeben: er sich in aller Form entschuldigt und eine Woche nach der gescheiterten Sendung später in der «Arena» einen Kreis schwarzer Menschen am Runden Tisch versammelt. Es war ein guter Einstieg in eine kontinuierliche Aufarbeitung des Rassismus, auch in der Schweiz, die allerdings noch aussteht. Aber die starke Einbindung in das politische System und die verlorene, lebendige Verwurzelung des Programms in der breiten Gesellschaft macht den Service public erpressbar, oder vielleicht besser: man kann ihn unter Druck setzen.

Ab 1980 hat die SRG ihr Monopol verloren, und heute entwickeln sich alle grösseren Schweizer Medienhäuser zu international vernetzten Multimedia-Unternehmen: TX Group/Tamedia, Ringier-Axel Springer, selbst die NZZ, und Peter Wanner hat mit "CH-Media" ein Multimedia-Unternehmen aufgebaut, das auch regional fein vernetzt und verwurzelt ist. Das heisst: Die SRG ist auch in der nationalen Politik nur noch ein Player unter vielen, die Politik hat Alternativen für ihre Auftritte. Und die Zentralisierung (Ghettoisierung) des Informationsjournalismus jeweils in den neu gebauten Zentren Lugano-Comano, Lausanne (bei der EPFL) und im Medienzentrum Leutschenbach wird die SRG wohl teuer zu stehen kommen: finanziell (mit all der Etappierung etc.) und sozial (bei der Verankerung in der Gesellschaft). Die Finanzen und der Sparzwang werden ohnehin mit der ganzen Reorganisation der SRG und dem bleibenden Rückgang der Werbeeinnahmen ein Thema bleiben.

Mehr noch: Es erwächst der SRG zunehmend massive neue Konkurrenz. Vor drei Jahren, 2017, hat sich der australische Medien-Tycoon Rupert Murdoch in eine kleine Firma in Neuenburg eingekauft. Er macht von da aus einen kleinen Vertrieb für Film und Sport; viel hat man von ihm in dieser Sache aber bisher nicht gehört. Nun engagiert sich aber sein Intimfeind John Malone in unserem Land, wie Rupert Murdoch auch ein Freund von Donald Trump, Gründer und Chairman von Liberty Global (Besitzer von UPC) und auf dem Sprung, in der Schweiz Sunrise zu kaufen. Malone (unter anderem im Vorstand von Discovery (DOK-Film-Produktion u.a.), wird mit seinem Portefeuille von der Kabeltechnologie bis zur Programmproduktion sicher spürbar Aktivitäten entfalten und für die SRG (und die Swisscom) mit Sport, Film, und starker Kapazität in der Verbreitungstechnologie eine massenwirksame Konkurrenz sein (Die Muttergesellschaft

Liberty Global ist ähnlich wie die Swisscom eine Kabelgesellschaft, die mit ihrem Programmangebot Abonnenten gewinnen will.).

Die Entmachtung der Trägerschaft

In diesem Konkurrenzumfeld muss die SRG massiv daran interessiert sein, ihre Verbindung mit der Gesellschaft zu stärken. Man müsste sogar sagen: Diese Verbindung wieder zu beleben.

Denn das könnte ein eigentlicher "Knackpunkt" sein: die SRG hat sich auch organisatorisch, in ihrem Kernauftrag, seit 1990 in Programmfragen weitgehend von der Gesellschaft getrennt. Sie hat auf dem Gebiet der Programmgestaltung ihre Trägerschaft – die eigentlich das SRG-Programm steuern müsste – jede Entscheidungs- und Gestaltungsmacht entzogen.

Das war bis 1991 anders.

Der Service public ist entstanden aus städtischen Gemeinschaften, in Lausanne, Genf, Zürich, Basel, Bern, Lugano, dann Rätoromanien – die CRR – und die Innerschweiz, und in dieser vom Bundesrat auch durchgesetzten Struktur, hatten die Mitgliedsgesellschaften eine Kernkompetenz.

Der Generaldirektor hatte zwar die abschliessende Programmkompetenz (und -verantwortung). Aber: (das Folgende aus der Zusammenstellung des ehemaligen SRG-Zentralsekretärs Willi Burkhalter):

«Der Entscheid über die Programmstrukturpläne (grille de programmes) fällt demgegenüber in die Kompetenz der Mitgliedsgesellschaften, unterstützt durch die Programmkommissionen». Das heisst: sie haben den Programmanteil und die Platzierung der Inhalte definiert.

«Die Mitgliedsgesellschaften werden vom Bundesrat explizit zu einer zivilgesellschaftlichen Rolle aufgerufen, sie sollen die nötigen Massnahmen treffen, um die regionalen, kulturellen und religiösen Gruppen in ihre Tätigkeiten zu integrieren.»

Das heisst: die Mitgliedsgesellschaften sind ursprünglich nicht die PR-Organisation des Unternehmens, der sogenannten "professionellen Organisation", sondern sie sind das Tor zur Gesellschaft oder besser: das Tor für die Bevölkerung und ihrer Institutionen und Gruppierungen, durch das die verschiedenen Segmente der Bevölkerung als Mitglieder der SRG ihre Vorstellungen, Wünsche und schliesslich auch Rahmen-Entscheidungen in die SRG einbringen.

Das könnte auch heissen: Erschliessung gesellschaftlicher Ressourcen für das Programm (Universitäten, Fachhochschulen, Berufsverbände, KMUs etc.)- Und das würde bedeuten: Diese Verbindung ist relevant für alle Trends und Tendenzen, die gesellschaftliche Interessen und Bewegungen zum Ausdruck bringen, und die ein sinnvoller Gegenstand für den öffentlichen Diskurs der Gesellschaft bedeuten.

1980 wurde dieses Konzept auf höherer Stufe noch einmal bestätigt: Auf regionaler und auf nationaler Ebene wurde jeweils neu eine Programmkommission geschaffen und neu geschaffen wurden ausserdem sprachregionale Beschwerdekommisionen.

Zehn Jahre später, 1991, wurden die Regional- und Mitgliedsgesellschaften entmachtet. Mit Blick auf die wachsende private, kommerzielle Konkurrenz aus dem Ausland (und später dem Inland) ging alle Kompetenz für Programmentscheidungen an die professionelle

Organisation mit dem Generaldirektor an der Spitze (ZV genehmigt Strategie), mit Ausnahme der (sehr allgemeinen) Programmkonzepte, die vom Regionalvorstand bestimmt werden.

Die Neue Bestimmung lautet: Die Regionalgesellschaften richten einen **repräsentativen, konsultativen Publikumsrat ein, und dieser eine Ombudsstelle.»**

Das heisst, im Klartext:

Die Zuständigkeit der Trägerschaft bzw. ihrer Gremien für die Programmstruktur (grille de programme) fällt weg. In den Statuten von SRG.D (und der anderen Regionen) ist ebenfalls **keine Entscheidungskompetenz** mehr vorgesehen. Es ist dort lediglich die Rede vom Kontakt mit dem Publikum, von Beratung der Verantwortlichen und von Begleitung und Unterstützung durch "Feststellungen, Vorschläge und Anregungen".

Der Publikumsrat hat keine Entscheidungsbefugnis in Bezug auf das Programm, und er hat (keine finanziellen, personellen etc.) Mittel etwa zur Förderung erwünschter Programmelemente.

Das bedeutet:

Die Trägerschaft, die eigentlich von unten her, aus der Gesellschaft heraus, von den Mitgliedern her, die SRG steuern sollte, wird zur Dienstleistungs- und PR-Einheit des Unternehmens, das selber einen "Service public" für gesellschaftliche Fragestellungen und Herausforderungen, mit denen wir hier und heute konfrontiert sind.

WAS TUN? hat W.I. Lenin gefragt.

Wir müssen, wie manche in der Studentenbewegung gefordert haben, das System von innen her aufbrechen.

Als die SRG sich 1980 ff. von der Öffentlichkeit abgewandt und den Vorgaben der Politik zugewandt hat – um nicht zu sagen: in wesentlichen Teilen des Programmschaffens der Agenda der Politik untergeordnet oder der kommerziellen Konkurrenz angepasst hat –, hat sie begonnen, sich von ihrem Auftrag zu entfernen, das heisst auch: von ihrer Legitimation durch die Gesellschaft. Diese Entfernung ist stetig gewachsen.

Das heisst – und ich komme zum Schluss zurück auf die Tatsache, dass Sie uns eingeladen haben zu einem politischen Gittesdienst: der Service public muss wieder den Raum schaffen für die öffentliche Diskussion darüber, wie wir die Beziehungen gestalten wollen zwischen Menschen und Schöpfung, Menschen und Natur, zwischen den Menschen in einem System der Gemeinschaftlichkeit, die wir erzeugen, wenn wir am oikòs bauen, am gemeinsamen Haus, in dem wir leben und miteinander kommunizieren. Dazu kann man in der heutigen Situation nur beitragen, indem man sich innerhalb der Trägerschaft aktiv engagiert.

Das ist die Aufgabe der Trägerschaft und der Menschen, die sich darin engagieren: Einen Raum zu bilden für den öffentlichen, möglichst herrschaftsfreien Austausch über die Gestaltung unseres Zusammenlebens.

Für die SRG heisst das, mit anderen Worten: Unter ganz anderen, neuen technologischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Bedingungen zurückgehen zu den ursprünglichen Absichten: zurück zu den Wurzeln.

Robert Ruoff
Le Prédame, 31. August 2020